

Armut und Globalisierung

VON SOCIAL WATCH

Nach dem Aktionsprogramm des Weltsozialgipfels umreißt der Begriff Armut „vielfältige Erscheinungsformen. Zu ihnen gehören das Fehlen von ausreichenden Einkommen und produktiven Ressourcen, um auf Dauer den Lebensunterhalt bestreiten zu können; Hunger und Mangelernährung; ein schlechter Gesundheitszustand; begrenzter oder fehlender Zugang zu Bildung und anderen Grunddiensten; erhöhte Morbidität und Mortalität aufgrund von Krankheiten; Obdachlosigkeit und menschenunwürdige Unterkünfte; eine unsichere Umwelt sowie soziale Diskriminierung und Ausgrenzung. Ein weiteres Merkmal ist mangelnde Beteiligung an den Entscheidungsprozessen und am bürgerlichen, sozialen und kulturellen Leben. Armut tritt in allen Ländern auf: Als massenhafte Armut in vielen Entwicklungsländern, als Verlust der Existenzgrundlage infolge einer Wirtschaftsrezession, als plötzliche Verarmung infolge von Katastrophen oder Konflikten, als Armut von Arbeitern mit niedrigen Löhnen und als absolutes Elend bei Menschen, die keinerlei Unterstützung durch die Familie, durch soziale Einrichtungen und soziale Netze erhalten.“ Weiter wird unterstrichen: „Armut ist durch schwerste Entbehrungen gekennzeichnet, was die Deckung der menschlichen Grundbedürfnisse angeht, so auch auf den Gebieten Ernährung, hygienisches Trinkwasser, Abwasserhygiene und Abfallbeseitigung, Gesundheit, Wohnungswesen, Bildung und Information. Sie hängt nicht nur von der Höhe des Einkommens ab, sondern auch vom Zugang zu sozialen Diensten.“¹

In der Millenniumserklärung wird der Begriff „extreme Armut“ offensichtlich im gleichen Sinne wie im Aktionsprogramm des Sozialgipfels verwendet, da

in beiden Deklarationen die Zahl von „über einer Milliarde“ Menschen zitiert wird, die in absoluter oder extremer Armut leben.

Worum geht es, wenn wir von Armut reden?

Die in der Millenniumserklärung vorgegebenen Ziele beziehen sich sowohl auf Bedürfnisse (Nahrung, Wasser) als auch auf Mittel (Einkommen) in dem Versprechen, bis zum Jahr 2015 „den Anteil der Menschen zu halbieren, deren Einkommen unter einem Dollar pro Tag liegt“ sowie „den Anteil der an Hunger leidenden Menschen“ und bis zum gleichen Zeitpunkt „den Anteil der Menschen ohne gesicherten Zugang zu sauberem Trinkwasser“ um die Hälfte zu verringern.

Durch die Verwendung des von der Weltbank bekannt gemachten Indikators von einem US-Dollar pro Tag zur Definition und Messung der Armut distanziert man sich in der Millenniumserklärung bis zu einem gewissen Grad von den Ansichten des Sozialgipfels und auch von denen des Wirtschaftswissenschaftlers und Nobelpreisträgers Amartya Sen, dass „Armut als Entbehrung grundlegender Kapazitäten und nicht nur als geringes Einkommen“ verstanden werden müsse.²

Die von der Weltbank veröffentlichte Zahl von 1,3 Milliarden armer Menschen zeigte sofort große Wirkung und ist seither in jeder Veröffentlichung oder Rede, die sich mit Armut beschäftigte, bis zum Überdruß zitiert worden. Es wurde der Weltbank aber vorgeworfen, dass sie eine Methodik verwendet habe, bei der die Anzahl der Armen unterschätzt würde³, und zwar weil sie

im Grunde von einer „Kaufkraftparität“ lokaler Währungen ausgehe, die den nationalen Durchschnittspreisen und nicht den von den Armen tatsächlich bezahlten Preisen angepasst sei.

Auch für weite Regionen dieser Welt erweist sich der Indikator von einem US-Dollar pro Tag als ungeeignet. Die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC) geht für Lateinamerika von zwei US-Dollar als Definitionsbasis für extreme Armut aus. In den Vereinigten Staaten liegt die Schwelle bei ungefähr zwölf US-Dollar pro Tag.

Wie zählt man Arme?

Während „extreme“ oder „absolute“ Armut den Versuch darstellt, ein biologisches Überlebensminimum zu definieren, sind die meisten, tatsächlich verwendeten Armutskonzepte, sozial definiert. Im Großbritannien zum Beispiel stuft der *Breadline Britain*-Index einen Haushalt als arm ein, wenn zum Zeitpunkt der Berechnung die Mehrheit der Menschen Großbritanniens diesen Haushalt als arm betrachten wird. Nach dieser Messung stieg die Armut im Vereinigten Königreich zwischen 1991 und 2001 von 21 auf 24 Prozent. Selbst wenn der Lebensstandard insgesamt steigt, kann es mehr Armut geben, wenn die Gesellschaft ungleicher wird.

Nach einer vorläufigen Analyse der Forscher von Social Watch würde die Verwendung nationaler Armutdefinitionen anstelle der internationalen Armutsgrenze von „extremer Armut“ zu einem Anstieg der Zahl der Armen um mindestens eine halbe Milliarde Menschen führen, wobei nur die Länder mittleren und höheren Einkommens berücksichtigt worden wären. Es gab 2003 offiziell 35,8 Millionen Menschen, die als in den Vereinigten Staaten in Armut lebend betrachtet wurden (12,5 Prozent der Bevölkerung, 1,3

1 Weltgipfel für Soziale Entwicklung, Aktionsprogramm Kapitel II „Beseitigung der Armut“, Paragraph 19, Kopenhagen, März 1995

2 Sen, Amartya, *Development as Freedom*, New York: Alfred A. Knopf, 1999.

3 Reddy, Sanjay G. und Thomas W. Pogge. *How not to Count the Poor* (Version 4.5), Mimeo, New York; Barnard College, Universität von Columbia, 2003. <http://www.socialanalysis.org>

Millionen mehr als 2002). Ungefähr 70 Millionen Menschen gelten in der Europäischen Union als arm, aber nur 5 Millionen von ihnen leben unterhalb der internationalen Armutsgrenze. Misst man nach nationalen Armutdefinitionen und nicht nach internationalen Standards, leben 200 Millionen mehr Menschen in Lateinamerika in Armut. Die einkommensschwächeren Länder haben häufig die Definitionen der Weltbank als offizielle nationale Definitionen übernommen, und zwar hauptsächlich, weil sie so außerordentlich abhängig von zinsgünstigen Krediten und Zuschüssen der Weltbank sind, was sich ohne Weiteres als Abhängigkeit von der Ideologie der Weltbank lesen lässt.

Schlimmer wird die Sache noch dadurch, dass sich die meisten Armutsindikatoren – auch die, die nicht nur auf Einkommen sondern auf der Befriedigung von Grundbedürfnissen beruhen – auf Untersuchungen der Haushaltungen stützen, bei denen die Familie als eine Einheit betrachtet wird und die davon ausgehen, dass unabhängig von Alter und Geschlecht alle Familienmitglieder in gleichem Maße an den verfügbaren Einkommen und Ressourcen teilhaben. Infolgedessen wird die Anzahl der in Armut lebenden Frauen unterschätzt, da viele von ihnen ihre Grundbedürfnisse auch dann nicht befriedigen können, wenn sie in Haushalten oberhalb der Armutsgrenze leben.⁴

Brauchen wir tatsächlich eine einzige internationale einkommensbasierte Definition der Armut? Ohne Zweifel ist es notwendig, Fortschritte zu beschreiben, um die öffentliche Meinung zu mobilisieren und den zur Umsetzung der Verpflichtungen erforderlichen politischen Willen zu stärken. Das Tempo

4 Batthyány, Karina. Mariana Cabrera und Daniel Macadar. „*The gender approach in poverty analysis: conceptual issues*“ Sozialwissenschaftliches Forschungsteam von Social Watch, 2004.

der Armutsbekämpfung lässt sich jedoch auch bewerten und vergleichen, ohne dass man eine gemeinsame universelle Armutsgrenze hinzuzieht. Was wirklich zählt, ist, dass jedes einzelne Land den Anteil und die Zahl seiner eigenen in Armut lebenden Bürgerinnen und Bürger reduziert. Fortschritte dieser Art wären mit dem Auftrag des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte durchaus vereinbar, der von einem Staat fordert, „mit allen geeigneten Mitteln“ (auch denen der internationalen Zusammenarbeit) und „unter Ausschöpfung aller seiner Möglichkeiten nach und nach die volle Verwirklichung der in diesem Pakt anerkannten Rechte zu erreichen“.⁵

Die Welt wird reicher, die Armen ärmer

Tatsächlich wird der Indikator von einem US-Dollar pro Tag hauptsächlich aus ideologischen und politischen Gründen verwendet. Dieser Indikator veranlasste Forscher der Weltbank zu der Behauptung, dass „Globalisierung funktioniert“, weil er scheinbar belegt, dass der Anteil der in Armut lebenden Menschen auf der Welt insgesamt in einem Maße zurück geht, dass das erste Millenniumsziel in erreichbare Nähe rückt.

Bei näherer Betrachtung der Zahlen stellen wir jedoch fest, dass selbst nach diesem Indikator die extreme Armut nicht weniger, sondern vielmehr größer wird in Afrika, Lateinamerika, dem Nahen Osten, Osteuropa und im größten Teil Asiens, wobei sich Fortschritte auf Vietnam, Indien und China konzentrieren. Indien und China verzeichneten im letzten Jahrzehnt ein hohes Wirtschaftswachstum, aber langfristige Entwicklungstrends der Armut sind in

5 Vereinte Nationen, Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Art. 2, Paragraph 1.

China nur schwer nachzuvollziehen, da es an zuverlässigen Reihen historischer Statistiken fehlt, während es in Indien „ausreichende Beweise dafür gibt, dass die offiziellen Schätzungen der Armutsreduktion, vor allem für das ländliche Indien, zu optimistisch sind.“⁶

Die Behauptung, dass „Globalisierung funktioniert“, fällt spätestens dann in sich zusammen, wenn man Fragen der Gleichheit berücksichtigt. Nach Aussagen von Professor James K. Galbraith, Leiter des „*Inequality Project*“ der Universität von Texas, war bei innerstaatlichen Ungleichheiten das „globale Element“ von 1963 bis ungefähr 1971 gleichbleibend, ging dann bis 1979 zurück und stieg in den nächsten zwanzig Jahren steil und stetig an. Eine sehr ähnliche Entwicklung zeigt sich bei Ungleichheiten zwischen Ländern. Vieles spricht dafür, dass globale makroökonomische Kräfte und insbesondere der Anstieg der Zinsen, Schuldenkrisen und die nachdrückliche Forderung nach Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung seit 1980 im Allgemeinen zu ständig wachsenden Ungleichheiten innerhalb der Länder beigetragen haben.

„Diese Untersuchung“ – stellt Galbraith abschließend fest – „gibt Anlass zu ernsthaften Fragen bezüglich der Rolle globaler Wirtschaftssteuerung (*global economic governance*) bei der Entstehung von Ungleichheiten und den aktuellen Schwierigkeiten im Entwicklungsprozess.“

Globalisierung führt zu größerer Armut: Adam Smith hatte Recht

Zu den gleichen Schlussfolgerungen kommt die Weltkommission für die soziale Dimension der Globalisierung:

6 Kozel, Valerie und Angus Deaton, *Data and dogma: the great Indian poverty debate*. Weltbank, PovertyNetLibrary, September 2004.

„Die globale Marktwirtschaft hat ihr großes produktives Potenzial unter Beweis gestellt. Richtig eingesetzt, kann sie beispiellosen materiellen Fortschritt bewirken, produktivere und bessere Arbeitsplätze für alle entstehen lassen und damit erheblich zur Reduktion weltweiter Armut beitragen. Aber wir erkennen auch, wie weit wir noch davon entfernt sind, dieses Potenzial auszuschöpfen. Der gegenwärtige Globalisierungsprozess führt im Ergebnis zu Ungleichgewichten sowohl zwischen wie innerhalb von Ländern. Reichtum entsteht zwar, aber zu viele Länder und Menschen profitieren nicht davon.“⁷

Schon Adam Smith war vor 250 Jahren klar, warum das so ist: „Für einen reichen Händler ist es überall einfacher, das Privileg zum Handel in einem Unternehmen in der Stadt zu erhalten als für einen armen Handwerker das Recht, dort zu arbeiten.“⁸

„Die Unternehmer, der Zahl nach weniger, können sich viel leichter zusammenschließen. Außerdem billigt das Gesetz ihre Vereinigungen, zumindest verbietet es sie nicht wie die der Arbeiter. Es gibt kein Gesetz des Parlaments, das eine Vereinigung zum Zweck der Senkung des Preises der Arbeit verbietet; aber viele gegen eine Vereinigung zu seiner Erhöhung.“⁹

In den letzten 15 Jahren, während Ungleichheiten zunahm und sich sozialer Fortschritt verlangsamte, wurden die Rechte transnationaler Konzerne durch multilaterale, regionale und bilaterale Handels- und Investitionsabkommen ausgeweitet, ohne dass gleichzeitig ihre Verpflichtungen oder die Rechte der Arbeitnehmer oder Regierungen der

Länder, in denen sie sich betätigten, entsprechend wuchsen. Das Kapital ist im Vergleich zu vor zwei Jahrhunderten viel beweglicher geworden, die Arbeitnehmer nicht. Sie sind gezwungen, in einem Rennen um die schlechtesten Standards mitzumachen, während investitions hungrige Regierungen miteinander mit immer weiteren Zugeständnissen und Steuererleichterungen konkurrieren. Unausgewogene Regeln führen zu unausgewogenen Ergebnissen. Das sollte für neoliberale Wirtschaftswissenschaftler keine Überraschung sein, weil es genau das ist, was Adam Smith beobachtete und vorhersagte.

Nehmen wir an, die Diagnose stimmt: Dann muss die Globalisierung entweder zurückgeschraubt oder irgendeine Form der Steuerung globaler Wohlfahrt angestrebt werden. Eine globalisierte Wirtschaft, die allen ein menschenwürdiges Auskommen sichern kann, es aber nicht tut, scheint zur Instabilität verdammt und ohne politische Zukunft zu sein.

Was ist vordringlich und was ist notwendig

Man könnte sagen, dass es sich beim ehrgeizigen Ziel einer Agenda globaler Steuerung um ein langfristiges Projekt handele, das nicht die vordringlichen Bedürfnisse der Menschen, die gegenwärtig bitterarm und hungrig sind, befriedige. Zwar fassen die MDGs in keiner Weise die Ergebnisse aller UN-Konferenzen der 90er Jahre zusammen und sie sind auch keinesfalls ein ausreichender Ersatz, aber sie können immerhin für sich beanspruchen, dass sie die vordringlichsten Bedürfnisse zum Ausdruck bringen. Die Erreichung der MDGs ist jedoch nicht einfach nur eine weitere humanitäre Aufgabe, die man durch mehr Hilfe bewältigen kann.

Sollte die internationale Hilfe wirklich morgen verdoppelt werden, würde das gegenwärtige makroökonomische System verhindern, dass das Geld aus-

gegeben werden kann. Die Weltbank und regionale Entwicklungsbanken haben jetzt schon mehr Geld zur Verfügung als Länder nach den Regeln des Internationalen Währungsfonds ausgeben dürfen, und sie erhalten in der Regel mehr Geld aus den armen Ländern als diese von ihnen.

Beispielsweise hätte das mit einer größeren AIDS-Krise konfrontierte Uganda 2002-2003 beinahe einen Zuschuss von 52 Millionen US-Dollar vom Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria nur deshalb abgelehnt, weil es sich an die engen Haushaltsbeschränkungen halten wollte, zu denen es sich verpflichtet hatte, um Kredite vom Internationalen Währungsfonds (IWF) zu erhalten.

Auf der jüngsten internationalen AIDS-Konferenz in Bangkok (Juli 2004) forderten Experten der UN eine massive Erhöhung der Mittel für AIDS-Programme und drängten auf die Bereitstellung von 20 Milliarden US-Dollar für die Entwicklungsländer bis 2007. In einem im Oktober 2004 veröffentlichten Bericht von vier großen humanitären Hilfsorganisationen wurde jedoch die Meinung vertreten, dass politische Maßnahmen des IWF zur deutlichen Absenkung der Inflationsrate zu Lasten höherer öffentlicher Ausgaben für die AIDS-Bekämpfung gingen.¹⁰ Viele Wirtschaftswissenschaftler meinen, dass Inflation und öffentliche Ausgaben durchaus über den vom IWF regelmäßig festgelegten Sätzen liegen könnten und dass die Politik des IWF folglich den globalen Kampf gegen AIDS in unzumutbarer Weise schwäche.

¹⁰ ActionAid International, USA, Global AIDS Alliance, Student Global AIDS Campaign und RESULTS Educational Fund; Blocking Progress: *How the Fight Against HIV/AIDS is Being Undermined by the World Bank and International Monetary Fund*. Der volle Informationstext kann unter <http://www.actionaidusa.org/blockingprogress.pdf> eingesehen werden.

⁷ Weltkommission für die soziale Dimension der Globalisierung. Eine faire Globalisierung: Chancen für Alle schaffen. New York, Februar 2004. <http://www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/index.htm>.

⁸ Smith, Adam. Der Reichtum der Nationen. 1.10.100.

⁹ Ebenda. 1.8.12

Im Bericht wird auch die Meinung vertreten, dass die IWF-Politik es den Ländern erschwere, Beschäftigte in zentralen Aufgabenbereichen des Gesundheitswesens zu halten, da der IWF die Summen deckelt, die für Arbeitnehmer im öffentlichen Gesundheitswesen ausgegeben werden dürfen.

Die Vorgaben des IWF zur Inflations-senkung führen unmittelbar zu Beschränkungen der Staatshaushalte armer Länder und damit zu geringeren nationalen Gesundheitsausgaben. „Die meisten armen Länder würden sehr gern erheblich mehr Geld für die AIDS-Bekämpfung ausgeben“, stellt dazu Joanne Carter fest, Leiterin des RESULTS-Bildungsfonds, einer Bürgerinitiative mit Sitz in den Vereinigten Staaten, die sich insbesondere für den Kampf gegen Tuberkulose und andere „durch Armut entstandene Krankheiten“ in den Entwicklungsländern einsetzt. „Sie haben aber den Kampf gegen den IWF aufgegeben, da sie wissen, dass sie sich an die Kreditbedingungen des IWF halten müssen, wenn sie weiterhin Entwicklungshilfe im gegenwärtigen Umfang erhalten wollen. Stellt man sich gegen den IWF, riskiert man, auch von allen anderen Hilfszahlungen abgeschnitten zu werden.“¹¹

Steuern in der Diskussion

Zur Verteidigung seiner Regeln hat der IWF angeführt, dass Entwicklungshilfe nicht als regelmäßige Einnahmequelle zur Deckung laufender Ausgaben eingeplant werden könne (wie beispielsweise Steuern), da sie Schwankungen unterworfen und auch nicht vertraglich bindend sei. Damit ist der Ball wieder im Feld der Geberländer, die sich der Aufgabe stellen müssen, Zahlungen an die Entwicklungsländer so zu gestalten, dass sie planbar, zuverlässig und stabil sind.

¹¹ Ebenda.

Genau das meinten auch über einhundert Länder am 20. September 2004 in New York mit ihrer Forderung nach neuen Mechanismen zur Finanzierung der Armutsbekämpfung – einem Vorschlag, der durch ein einziges Land blockiert worden ist, das ein Veto gegen alles einlegte, was einer internationalen Steuer auch nur nahe kommt.

Angesichts drohender, von außen diktiert, strenger Beschränkungen ihrer Haushaltsbudgets für Entwicklung und dringende soziale Aufgaben unterzeichneten die Präsidenten Lula da Silva aus Brasilien und Ernesto Kirchner aus Argentinien am 16. März 2004 den offiziell als „Erklärung der Zusammenarbeit für ein Wirtschaftswachstum im Dienste der Gleichheit“ bekannten sogenannten „*Copacabana Act*“. In ihm prangerten sie „den Widerspruch im gegenwärtigen internationalen Finanzsystem zwischen nachhaltiger Entwicklung und deren Finanzierung“ wegen fehlender „angemessener Mechanismen der Krisenbewältigung“ an. Sie stellten darin eine ihrer Meinung nach für das Wachstum außerordentlich wichtige Verbindung zwischen Finanzen und Handel her. Zur Änderung des Systems kamen sie überein, „mit den internationalen Gläubigerinstitutionen auf eine Weise zu verhandeln, die das Wachstum nicht gefährdet, die Tragfähigkeit der Schulden sicherstellt und Raum für Investitionen in die Infrastruktur lässt.“

Bei einem Privatunternehmen werden Investitionen in die Infrastruktur als Anlagevermögen verbucht und nur ein geringer Teil der Gesamtinvestition erscheint als Abschreibung in der Jahresbilanz. In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gibt es aber nur Einnahmen und Verluste: Alle Ausgaben werden als Verlust verbucht. Der IWF setzt aber Obergrenzen für die Ausgaben des Staates fest, um einen „primären Überschuss“ zu erhalten, der die Tragfähigkeit der Schulden sicherstellt. Der Vorschlag von Kirchner und Lula – später

von allen lateinamerikanischen Finanzministern unterstützt – sah deshalb vor, wie bei Privatunternehmen Infrastrukturinvestitionen über einige Jahre abzuschreiben und nicht zum Zeitpunkt der Ausgabe als Verlust zu verbuchen.

Der Vorschlag, mit dem sich der IWF beschäftigt, würde natürlich sofort dazu führen, dass es mehr Spielraum für staatliche Ausgaben gäbe. Aber würde das Konzept des Anlagevermögens in volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen aufgenommen, hätte dies weitreichende Konsequenzen. Es könnte der Ausbeutung natürlicher Ressourcen eine Ende setzen (da ein entsprechender Verlust auf der Vermögensseite zu verbuchen wäre). Und nach dem ursprünglichen Vorschlag der Argentinier sollte auch die Bildung von „Humankapital“ von den vom IWF verhängten Ausgabebeschränkungen ausgenommen werden. Ausgaben für Gesundheit und Bildung könnten ebenso wie die für Infrastruktur als „Investitionen“ betrachtet werden. Viele Wirtschaftswissenschaftler wären wohl überdies der Meinung, dass es sich dabei um Investitionen handelt, die sich besser und schneller auszahlen als große Entwicklungsprojekte konventioneller Art.

Nichts als Versprechungen

Diese Vorstellungen lagen ebenso auf dem Tisch wie die Forderung nach mehr Beteiligung der Entwicklungsländer in den Entscheidungsprozessen der Bretton Woods Institutionen, als die Diskussionen im Zusammenhang mit dem „Monterey Konsens“ nach der Konferenz über Finanzierung für Entwicklung 2002 einsetzten.

Aber bislang wurden diese Versprechungen nicht eingelöst – ebenso wenig wie jene, die in Doha für den Beginn einer Entwicklungsrunde gemacht wurden mit dem Ziel, Handelsregeln stärker auf die Entwicklungsländer zuzu-

schneiden. Keine dieser Versprechungen ist eingelöst worden. Stattdessen werden die Entwicklungsländer mit neuen Forderungen für ihre Dienstleistungssektoren konfrontiert – mit direkten Folgen für die Erbringung grundlegender Dienstleistungen für die Armen – als „Preis“ für Zugeständnisse im Agrar- oder Textilbereich.

In der Tat zeigte sich bei jeder der seit 1996 jährlich von Social Watch durchgeführten Untersuchungen, dass die Entwicklungsländer im Großen und Ganzen ihren Verpflichtungen sehr viel stärker nachgekommen sind als die entwickelten Länder. Und verschiedene unabhängige Bewertungen kamen dabei zu dem Schluss, dass unter den Letzteren gerade die Mitglieder der G7 am meisten hinterher hinken.

Wenn überhaupt etwas erreicht wurde mit der Vereinbarung von Verpflichtungen, Zielen und termingebundenen Vorgaben, dann ist es die Definition sogenannter Prüfsteine (*benchmarks*), mit denen Regierungen – und die ihnen angehörenden Politiker – objektiv beurteilt werden können. Es ist letzten

Endes das Urteil der öffentlichen Meinung, das Änderungen ermöglicht. Aber die ausschlaggebende Entscheidungsfindung verteilt sich auf eine unendliche Vielzahl an Foren und Institutionen, an denen verschiedene Minister und Staatsbeamte beteiligt sind, und führt häufig zu sich widersprechenden Ergebnissen.

Beispielsweise empfahl der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes am 4. Oktober 2004 nachdrücklich, dass die Länder des südlichen Afrikas sicherstellen, dass „regionale und andere Freihandelsabkommen sich nicht negativ auf die Verwirklichung der Rechte der Kinder auswirken“. Das gegenwärtig zur Verhandlung anstehende Handelsabkommen zwischen der regionalen Organisation und den Vereinigten Staaten könne „die Möglichkeit beeinträchtigen, Kindern und anderen HIV/AIDS-Opfern wirksame Medikamente entweder kostenlos oder zum günstigsten Preis zur Verfügung zu stellen“. Eine solche Resolution hat globale Konsequenzen, da sich die im Entwurfstext enthaltenen Bestimmungen in vielen

bilateralen Handelsabkommen wiederfinden. Ähnliche Diskrepanzen zwischen dem Recht auf Leben und den geistigen Eigentumsrechten der Pharmakonzerne führten zu einer Erklärung in Doha und deren Erweiterung vor der Ministerrunde in Cancun mit dem Ergebnis, dass die Anwendung des TRIPS-Abkommens revidiert wurde.¹²

Es gibt keinen globalen Obersten Gerichtshof, der entscheiden könnte, was bei Konflikten zwischen Menschenrechten und Handelsregelungen Vorrang haben soll. Befürworter von Handels- und Investitionsabkommen und die Welthandelsorganisation (WTO) versuchen, sich auf wichtigen internationalen Foren einen Vorrang vor anderen Verträgen und Normen zu erkämpfen: Bei der Umsetzung des Gipfels über Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg, dem Vertrag gegen Tabak oder den laufenden Verhandlungen im Zusammenhang mit kultureller Vielfalt. Gegenwärtig ist Kohärenz nur auf Ebene der Staats- und Regierungschefs zu erreichen. Gerade deshalb ist der zweite Millenniumsgipfel so wichtig.

¹² Handelsbezogene Rechte an geistigem Eigentum (*Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights*, TRIPS).